

Die Stunde des Kandidaten

Autor(en): **Hartmann, Horst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340826>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Stunde des Kandidaten

Welche Chancen Oskar Lafontaine als Herausforderer Helmut Kohls bei der Bundestagswahl Ende 1990 einzuräumen sind, lässt sich nicht mit Sicherheit voraussagen. Fest steht, dass er seine erfolgreiche Strategie, die ihm im Saarland zu einem triumphalen Sieg verhalf, auch auf Bundesebene praktizieren wird. Lafontaine vermag es wie kein anderer, die Defizite der CDU auf eine schlüssige Formel zu bringen.

Im Gegensatz zu Johannes Rau 1987, dessen Parole «Versöhnen statt Spalten» beim Wähler nicht ankam, wird Lafontaine offensiv die Schwachstellen der Union aufdecken, und zwar in der Deutschlandpolitik, der Abrüstungspolitik, bei Umweltfragen und beim Komplex der sozialen Gerechtigkeit. Dabei wird die Sprengkraft der Übersiedlerfrage im Mittelpunkt stehen. Helmut Kohl dürfte dem Florettfechter Lafontaine nicht gewachsen sein, und dem Küchenkabinett des Kanzlers wird es sehr schwer fallen, eine Taktik gegen den Herausforderer zu finden.

Kohls unbestreitbarer Vorteil liegt darin, dass sich die Bundesrepublik in einer Phase der Hochkonjunktur befindet, was erfahrungsgemäss der amtierenden Regierung zugute kommt, auch wenn sie an dieser Situation unbeteiligt ist. Ausserdem muss die SPD als Oppositionspartei noch mächtig zulegen, denn gegen-

wärtig liegt sie in der Wählergunst bei etwa 40 Prozent. Viel spricht dafür, dass die Regierung Kohl bereits bei der Landtagswahl in Niedersachsen ihre Mehrheit im Bundesrat verliert und damit bei der Verabschiedung von Gesetzen behindert ist. Ein derartig geschwächter Kanzler verliert automatisch an Prestige, bevor der eigentliche Wahlkampf begonnen hat.

Hinzu kommt, dass Kohl nicht nur gegen die SPD und die bei 10 Prozent liegenden Grünen ankämpfen, sondern das Abwandern von CDU-Wählern zu den rechtsradikalen Republikanern verhindern muss. Die Neofaschisten haben sich wie Bluteigel an Unionsanhängern festgesaugt und könnten die Partei um jene entscheidenden 3 bis 5 Prozent bringen, die sie zur Mehrheit benötigt. Auch wenn die Republikaner derzeit bei knapp 5 Prozent stagnieren, so werden sie zunächst bei den Kommunalwahlen in Bayern die CSU das Fürchten lehren, zumal die CSU keinen Ersatz für Franz Josef Strauss gefunden hat.

Die Entscheidung über die Zusammensetzung des künftigen Deutschen Bundestages fallen jedoch Bürger, denen die Probleme dieses Landes bislang weitgehend verborgen geblieben sind: nämlich die Aussiedler aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion sowie die Übersiedler aus der DDR. Vermut-

lich werden im Dezember etwa 2 Millionen Neubürger wählen können. Diese Gruppe ist für nationale Parolen, wie der nach sofortiger Einheit, anfällig. Da ein beträchtlicher Teil dieser Menschen am Wahltag noch immer in Notunterkünften zusammengepfercht ist und grösstenteils auch keine Arbeit gefunden haben wird, ist er für rechtsradikale Demagogen anfällig. In diesem Zusammenhang muss auch darauf verwiesen werden, dass 52 Prozent der Wähler der CDU zutrauen, die Wiedervereinigung zu erreichen, aber nur 31 Prozent setzen auf die SPD. Ein neuer Nationalismus kommt erfahrungsgemäss stets den Parteien rechts von der Mitte zugute.

Das aber wäre nicht nur für die SPD verhängnisvoll, sondern auch für die Zukunft der Deutschen in beiden Staaten. Die Alliierten und das gesamte Ausland werden zu verhindern suchen, dass womöglich ein neues Grossdeutschland entsteht, das die Ostgrenzen nicht mehr anerkennt. Bei allen Überlegungen über die Bundestagswahl darf aber auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass von den Wahlen in der DDR eine Signalwirkung ausgeht: Schneidet die SPD dort gut ab und spricht sie in einer neuen Regierung ein entscheidendes Wort mit, hilft das der SPD im Westen. Regiert jedoch ein konservativer Bürgerblock, gibt das der CDU und der FDP Auftrieb.

Horst Hartmann